

# nachrichten

## Untersuchung von GAM-Mitgliedern

Die indonesische Regierung hat den Plan Schwedens, eine vorläufige Untersuchung der Führer der Bewegung freies Aceh (GAM) einzuleiten, beauftragt. Die Regierung betonte, ein solcher Schachzug werde dabei helfen, die Rebellion in Aceh zu stoppen. »Wir beauftragen die Strategie der schwe-

dischen Administration, weil legale Schritte gegen Führer der GAM in Schweden uns helfen werden, gegen die Rebellen Recht zu sprechen«, so Susilo Bambang Yudhoyono, Minister für Politik und Sicherheit. »Die schwedischen Staatsanwälte können Zeugen und Gefangene der GAM-Rebellen an verschiedenen Orten in unserem Land besuchen. Wir wissen nicht, wann sie hier ankommen, aber für uns ist es umso besser, je eher sie hier sind«, so Susilo. Laut Susilo plant die Regierung, ein Team von Polizisten und Staatsanwälten zusammenzustellen, das den schwedischen Staatsanwälten bei der Untersuchung derjenigen Personen helfen soll, die verdächtigt werden, zur GAM-Führerschaft zu gehören und in kriminelle Aktivitäten in Aceh und in anderen Teilen Indonesiens involviert gewesen zu sein.

vgl.: *The Jakarta Post*, 18.2.2004

## Dengue-Fieber

Laut Informationen der *Jakarta Health Agency* sind seit Anfang dieses Jahres (2004) 16 Menschen am Dengue-Fieber gestorben und weitere 2046 erkrankt. Die Agentur warnte, die Anzahl der Erkrankungen sei dreimal so hoch wie letztes Jahr um dieselbe Zeit. »Die Anzahl der Fälle von Dengue-Fieber sind in Jakarta um mehr als 200 Prozent gestiegen«, so der Vorsitzende der Agentur Abdul Chalik Masulili. Um die Verbreitung der Krankheit, die durch den Moskitos *aedes aegypti* übertragen wird, zu verhindern, wird die Agentur im nächsten Monat eine Kampagne zur Vorbeugung gegen die Krankheit starten. Insbesondere sollen in den Teilen der Stadt, in denen besonders viele Fälle des Fiebers bekannt geworden sind, die Menschen darauf hingewiesen werden, dass sie offen stehende Wasserflächen rund ums Haus austrocknen oder abdecken sollen. Damit soll verhindert werden, dass die Moskitos ihre Eier dort ablegen. Angestellte der Agentur sind angewiesen zu überprüfen, ob die Präventivmaßnahmen funktionieren, so Masulili.

vgl.: *The Jakarta Post*, 16.2.2004

Da die Zeit der Wahlkampagnen nun näher rückt, sind Parteivorsitzende und Präsidentschaftskandidaten eifrig damit beschäftigt, die Provinzen zu besuchen – offensichtlich, um mehr Wähler zu werben. Die Besuche finden trotz der neuen Richtlinien statt, die verfrühte Kampagnen verbieten. Am 14. Februar 2004 machte Akbar Tanjung seine erste »politische Safari« seit seinem Freispruch. Akbar besuchte die Parteianhänger in Kupang. Bei der Versammlung bat der Politiker die Anwesenden darum, ihn bei seiner Präsidentschaftskandidatur zu unterstützen. Lokale Golkar Funktionäre, der Bürgermeister von Kupang S.K. Lelik und sein Stellvertreter Daniel Adoe waren unter Hunderten von Menschen, die Akbar am El tari Flughafen begrüßten. Am selben Tag traf sich auch Megawati Sukarnoputri mit Hasyim Muzadi, dem Vorsitzenden der

## Kontrolle der Gerichte erforderlich

Infolge des Freispruchs Akbar Tanjungs von Korruptionsvorwürfen hat Benjamin Mangkoedilaga, ein ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof, das Parlament aufgefordert, ein Gesetz zur Überwachung der Gerichte zu erlassen. Es sei notwendig, eine gerichtliche Kommission zu gründen, die alle Gerichte, einschließlich des Obersten Gerichtshofes, kontrolliere, so Mangkoedilaga. »Das Land erkennt den Obersten Gerichtshof als letzte Anlaufstelle für diejenigen an, die ihr Recht einfordern, aber traurigerweise kann keine Institution untersuchen, ob das Gericht das Gesetz richtig implementiert«, fügte er hinzu. Gemäß des ehemaligen Richters solle eine solche Kommission die Autorität haben, die Entscheidungen der Gerichte zu überprüfen und Richter zu befragen, die kontroverse Urteile gesprochen haben.

Doch bevor eine solche Kommission eingesetzt werden kann, vertraut Mangkoedilaga

noch auf das Rechtsempfinden des Volkes. »Wir können nicht sagen, dass das Rechtssystem des Landes frei von politischer Intervention ist. Akbars Fall ist ein gutes Beispiel. Nun ist das Volk die einzige Hoffnung, die Zukunft legaler Reform zu bestimmen [...]. Wenn das Urteil dem Rechtsempfinden des Volkes zuwiderläuft, wird weder die Golkar Partei noch Akbar die Wahlen gewinnen«. Ein anderer ehemaliger Richter namens Bismar Siregar sagte, die Präsidentin und der Vizepräsident hätten in ihrer Funktion als Staatsoberhäupter die Autorität, die Gerichte bei ihrer Rechtsprechung zu kontrollieren. »Ich gebe zu, dass das Land nur korrupte Menschen zur Bekämpfung der Korruption aufweisen kann, aber wir sollten nicht aufgeben. Wir müssen solange kämpfen, bis Führer kommen, die integer sind«, so Bismar.

vgl.: *The Jakarta Post*, 16.2.2004, *Kompas*, 16.2.2004

## Kandidaten werben um Unterstützung

Nahdlatul Ulama (NU), der größten Islamorganisation des Landes. Treffpunkt war das Al-Hikam Internat in Malang, im Osten Javas. Megawati kommentierte ihr Treffen mit Muzaadi: »Sie können dies eine politische Safari nennen, aber das Hauptziel bestand darin, der Muslimschule einen Freundschaftsbesuch abzustatten.« Dennoch führte sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein Gespräch mit Muzaadi. Die Präsidentin hatte angedeutet, sie werde entweder einen muslimischen oder einen ehemaligen militärischen Führer als Bewerber für die Vizepräsidentschaft in Erwägung ziehen. Amien Rais, Parteivorsitzender der Partei Nationales Mandat (PAN) und Präsidentschaftsanwärter verbrachte das Wochenende in Kuningan, West Java, und nahm dort an einer Diskussion zu den Wahlen teil. Amien hatte bereits im letzten Jahr begonnen, durch das

Land zu reisen. Er besuchte mehrere muslimische Internate in den Provinzen im Zentrum und Osten Javas. Die Kommission der Parlamentswahlen (KPU) hatte als Zeitspanne der offiziellen Kampagne den 11. März bis 1. April gesetzt, aber offensichtlich halten sich die Präsidentschaftsanwärter nicht an diese Anweisung. Gemäß der neuen Richtlinien verletzen Parteien oder Kandidaten das Wahlrecht, wenn sie politische Reden halten oder politische Informationen bei Treffen außerhalb der offiziellen Zeiten der Kampagnen verbreiten. Indonesien wird am 5. April Parlamentswahlen abhalten, die ersten seit der Unabhängigkeit im Jahre 1945. Direkte Präsidentschaftswahlen werden am 5. Juli stattfinden. Eine Stichwahl am 20. September ist möglich.

vgl.: *The Jakarta Post*, 16.2.2004

## Regionen kritisieren Regierung

Die Regionen haben die Regierung kritisiert, da diese beschlossen hat, die Überwachungsfunktion regionaler Regierungen über ihr jeweiliges Budget rückgängig zu machen. Syaokani, Vorsitzender der Assoziation für die Administration der Regionen (Apkasi) gab zu bedenken, dieser Schritt werde lediglich die Verwaltung der Regionen behindern. Es sei ineffektiv, wenn die Zentralregierung den Etat jeder Regentschaft überwache, so Syaokani.

»Regionale Regierungen wissen besser über die Bedürfnisse ihres Volkes Bescheid als die Zentralregierung. Außerdem ist Jakarta zu weit weg, um das Budget jeder Regentschaft zu überwachen«. Syaokani kommentierte hiermit die Änderung des Gesetzes 22/1999, auch bekannt als Autonomiegesetz, zum Finanzausgleich. Am 13. Februar 2004 hatte Innenminister Hari Sabarno mitgeteilt, die Regie-

rung hätte zugestimmt, seinem Ministerium die Zuständigkeit für die Überwachung der Budgets aller Regentschaften und Kommunen zu übertragen. Einen Grund für diese Änderung gab er jedoch nicht an. Momentan werden die Budgets noch von regionalen Gesetzgebern verwaltet. Syaokani meinte, es sei völlig irrational von der Regierung in Jakarta, die Autorität regionaler Administrationen zu untergraben.

Die Änderung muss dem Parlament noch zur Zustimmung vorgelegt werden. Megawati versucht, dem Parlament diese und weitere Änderungen des Autonomiegesetzes möglichst vor Oktober vorzulegen, wenn die neue Regierung eingesetzt wird. Megawati hat schon seit längerer Zeit darauf bestanden, das Autonomiegesetz zu ändern, da es den Regenten die Möglichkeit gebe, »kleine Könige« ihrer Region zu werden.

vgl.: *The Jakarta Post*, 16.2.2004

## Regenwald bedroht

Die Region Kalimantan, die einst als Lunge Asiens bekannt war, steht kurz vor einer ökologischen Katastrophe. Nicht nur, dass bereits 95 Prozent der Flächen, die legal zur Abholzung bereit standen, abgeholzt worden sind, es wurden gemäß Informationen der Yale School of Forestry and Environmental Studies auch bereits 60 Prozent der geschützten Nationalparks zerstört. Das illegal geschlagene Holz wird zu Pressholz verarbeitet und in andere Teile Asiens exportiert. Es wird außerdem dazu genutzt, Möbel für japanische, europäische und amerikanische Märkte zu bauen. Das philippinische Mahagonie, auch Meranti genannt, wird für Bodenbeläge und zur Zierde für Automobile der Oberklasse verwendet. Wenn das jetzige Ausmaß der Zerstörung anhält, wird es auf der Insel Kalimantan, die etwa die Größe von Texas hat, innerhalb der nächsten drei Jahre keinen Regenwald mehr geben. Dies wird einen drastischen Effekt auf

das lokale Wetter, die Artenvielfalt und die einheimische Bevölkerung haben. Arten wie der Orang Utan sind bereits vom Aussterben bedroht. Die Studie der Yale School, die zwischen 1999 und 2003 durchgeführt wurde, hat Satelliten- und geographische Daten ausgewertet. »Was jetzt noch (vom Wald) übrig ist, ist schon zu klein und zu fragmentiert, um viele Arten, die vom Wald abhängen, zu ernähren«, sagte Curran, Direktorin des Tropical Resources Institute an der Yale Universität. Es gibt viele Erklärungen für die Zerstörung des Regenwaldes, inklusive einer fehlenden Kontrolle seitens der dezentralen Regierung und dem Opportunismus lokaler Funktionäre. Aber Curran gab zu bedenken, dass die Hauptgründe für die Zerstörung des Waldes in der internationalen Nachfrage für das Holz und der Korruption lägen, die sich während des Suharto Regimes manifestiert habe.

vgl.: *Kompas*, 16.2.2004

## Freispruch für Akbar Tanjung

Der Oberste Gerichtshof hat am 12. April 2004 ein Urteil gegen Akbar Tanjung, dem Parlamentssprecher und Vorsitzenden der zweitgrößten indonesischen Partei Golkar, wegen Korruption aufgehoben und ihm damit den Weg zu den Parlamentswahlen geebnet. Die fünf Höchstrichter erklärten in Abwesenheit des Angeklagten, dass die Verurteilung Tanjungs zu drei Jahren Gefängnis durch die bisherigen Instanzen nicht gerechtfertigt sei. Es sei nicht erwiesen, dass der Angeklagte seine Position missbraucht und sich bereichert habe. Deshalb werde das Urteil aufgehoben, so Richter Paulus Lotulung. Tanjung wird durch den Entscheid auch politisch rehabilitiert und am 5. Juli ins Rennen um die Präsidentschaft gehen. Tanjung war vorgeworfen worden, im Jahre 1999 rund vier Millionen Dollar des staatlichen Ernährungsprogramms unterschlagen zu haben. Laut des Gerichts war Tanjung jedoch berechtigt, das Geld aus der Staatlichen Logistikagentur Bulog an zwei weitere Angeklagte, Dadang Sukandar, und Winifried Sima-

# nachrichten

tupang, auszuzahlen. Dies sei auf den Befehl von Ex-Präsident Habibie hin geschehen. Dass es keinen schriftlichen Nachweis über diese Instruktion gab, rechtfertigte das Gericht mit der Aussage, es habe sich um einen »Notfall« gehandelt. Politische Analysten kritisierten die indonesische Justiz als zu nachsichtig in Korruptionsfällen, in die Mächtigen involviert sind. Viele Studenten demonstrierten in den Tagen nach dem Freispruch Tanjungs gegen den laschen Umgang mit korrupten Politikern.

vgl.: *The Jakarta Post*, 12.2.2004, 13.2.2004, *Kompas*, 13.2.2004

## Visa-Regelungen

Die Regierung hat neue Visa-Regelungen beschlossen, die es Touristen erschweren, nach Indonesien einzureisen. Lediglich die Bürger von elf hauptsächlich asiatischen Ländern wie Vietnam, Brunei, Hong Kong oder auch Peru können nun noch ein freies Visum nach Indonesien erhalten. Bürger aus 21 anderen Staaten, inklusive Australien, den USA und Großbritannien werden ihre Visa bei Einreise ausgestellt bekommen – vorausgesetzt, sie zahlen 25 US-Dollar und landen in Orten wie Bali und Jakarta. Aber aus mysteriösen Gründen erhalten Bürger aus neun Ländern bei ihrer Ankunft kein Visum und müssen sich zwei Wochen vor ihrer Abreise bei einer indonesischen Botschaft bewerben

und die doppelte Summe, die an indonesischen Flughäfen verlangt wird, bezahlen. Zudem wurden alle neuen Visa, ob frei oder nicht, auf 30 Tage beschränkt. Da Verlängerungen nicht erlaubt sind, werden auch noch die Reste des Rucksacktourismus torpediert. Der verantwortliche Minister Yusril Izhah Mahendra argumentierte, die neuen Regeln basierten auf »Reziprozität« – wenn Länder wie Australien Indonesier für Visa bezahlen ließen, warum sollte Indonesien dann nicht auch Australier bezahlen lassen?

vgl.: *The Jakarta Post*, 16.2.2004, *Kompas*, 16.2.2004